



DIE UNSICHT

A blurred photograph of a busy city street. In the foreground, the rear wheel of a wheelchair with a blue rim is visible on the left. Several people are walking across a crosswalk, their figures and legs blurred due to motion. The background shows a building with windows and some trees. The overall scene conveys a sense of a crowded, fast-paced urban environment.

**Die Schweiz grenzt
Menschen mit Behinderungen
systematisch aus.
Das lassen sie sich nicht
mehr gefallen.**

TEXT: DANIEL BENZ UND BIRTHE HOMANN | MITARBEIT: LEA OETIKER | FOTOS: MICHAEL SIEBER

HTTBAREN

FOTO: GETTYIMAGES

A young woman with long brown hair, wearing a white blazer, blue jeans, and tan boots, is sitting on a wooden deck. She is smiling and looking towards the camera. The deck is made of dark wood and has a wooden railing. In the background, there is a calm lake reflecting the sky, and a dense forest of trees under a cloudy sky. The wooden structure she is sitting on has some graffiti on it.

**«ICH LEISTE TROTZ EPILEPSIE GENAUSO
VOLLE ARBEIT WIE ANDERE AUCH.»**

Larissa Wyss

**LARISSA WYSS, 19,
KV-Praktikantin
aus Biberist SO**

Islam Alijaj sagt es deutlich: «Wir wollen die Machtergreifung im Behindertenwesen!» «Wir», das sind Menschen, wie er einer ist. Alijaj hat eine zerebrale Bewegungsstörung und eine Sprechbehinderung. Er sitzt im Rollstuhl, braucht Unterstützung bei alltäglichsten Dingen. Im Februar wurde er in den Gemeinderat der Stadt Zürich gewählt. Mit zwei Stimmen Unterschied hat er sich den Sitz erobert. Geholfen haben ihm viele, vor allem auch andere Menschen mit Behinderungen. Menschen, die in Heimen leben, verbeiständet sind und kein Stimmrecht haben.

«Diese Leute sind auf die Strasse gegangen und haben Flyer verteilt und Werbung für mich gemacht.» Wenn sie schon nicht wählen dürften, wollten sie wenigstens zeigen, wer für sie in der Politik mitreden soll, sagt Alijaj. «Ich bin jetzt ihr Sprachrohr und setze mich für ein Wahl- und Stimmrecht für alle ein.»

Sprachrohr? Islam Alijaj lacht, als er merkt, was für ein Bild er da benutzt hat. Seine Sprechbehinderung stört ihn nämlich am meisten. Dass er sein Potenzial mündlich nicht abrufen kann, dass er ständig unterschätzt wird. «Das schmerzt.» Er habe Jahre gebraucht, die Kränkung zu überwinden, dass man ihn intellektuell nicht ernst nahm. Heute sei er sehr selbstbewusst, ein anderer Mensch als mit 18. Trotzdem stosse er noch jeden Tag auf Widrigkeiten. «Es braucht viel Kraft, sich immer wieder dagegenzustellen.»

Einfach so übersehen. Alijaj erzählt vom Besuch in einer Pizzeria mit seiner Frau und den beiden Kindern. Die Kellnerin legt die Speisekarte wie selbstverständlich nur seiner Frau vor, die keine Behinderungen hat. Als er die Bestellung aufgeben will, versteht sie ihn nicht, gibt sich auch keine Mühe. Erst als Alijaj laut und bestimmt sagt, sie müsse halt näher treten und gut zuhören, gelingt es. Oder der Termin in der Arztpraxis: Er will eine Bescheinigung abholen, rollt zum Schalter mit der Praxisangestellten. Hinter ihm sind zwei weitere Patienten in der Schlange. Die Praxisangestellte spricht über seinen Kopf hinweg mit den beiden. «Als ob ich unsichtbar wäre.»

Islam Alijaj ist einer der wenigen, die es mit einer Beeinträchtigung in die Politik geschafft haben. Der Zürcher mit kosovarischen Wurzeln politisiert, weil er nur so etwas bewegen könne. Als Sprachrohr und Vorbild. Wie am 3. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen. Die Kundgebung auf dem Zürcher



«ES BRAUCHT VIEL KRAFT, SICH GEGEN DIE WIDRIGKEITEN ZU STELLEN, AUF DIE ICH TÄGLICH STOSSE.»

Islam Alijaj, Politiker

Helvetiaplatz ist eine Bühne, wie gemacht für ihn und sein Anliegen. «Wir wollen selbst entscheiden, wie wir wohnen, wie wir lieben, was wir arbeiten, ob wir Kinder haben, ob wir abstimmen.»

Wohnen, Arbeit, Teilhabe, Selbstbestimmung: Damit kämpfen Menschen mit Behinderungen am meisten. Das wollen sie jetzt korrigieren.

Doch der Weg dahin ist weit. Die Uno warf der Schweiz Ende März vor, sie verstosse gegen das Recht auf Gleichbehandlung. «Schwerwiegende Mängel in der Gesetzgebung», «kein ausreichender Schutz vor Diskriminierung», «paternalistisches Aufsichts- und Lenkungsverhalten» - das sind

ISLAM ALIJAJ, 36, SP-Gemeinderat in Zürich, Projektleiter und Handicap-Lobbyist. Alijaj ist verheiratet und Vater zweier schulpflichtiger Kinder.

**FLORIAN
KAUFMANN, 20,
Serviceangestellter,
Bern**



«WENN ICH MIR IM AUSGANG ANHÖREN MUSS: «AHA, DER BEHINDERTE IST AUCH AUF DER GASSE», NERVT MICH DAS.»

Florian Kaufmann

drei Befunde aus dem sogenannten Schattenbericht von Inclusion Handicap, dem Dachverband der Behindertenorganisationen. Er geht der Frage auf den Grund, wie die Schweiz die Behindertenrechtskonvention der Uno umsetzt. Das Übereinkommen basiert auf dem Konzept der Inklusion. Beeinträchtigte Personen sollen also miteingeschlossen werden, auf allen Ebenen.

Ein vierter Befund: «Ein Leben in der Gemeinschaft mit gleichen Wahlmöglichkeiten bleibt ihnen verwehrt.»

Dabei geht es nicht um eine Randgruppe. In der Schweiz haben 1,8 Millionen Menschen eine mehr oder weniger stark ausge-

prägte Beeinträchtigung (siehe Grafik, Seite 21). Dass jede fünfte Person betroffen ist, ist im öffentlichen Raum kaum wahrnehmbar. Menschen mit Handicap bleiben häufig unter sich, werden ausgegrenzt. Viele leben im Heim und arbeiten in einer Institution. Oft aus Notwendigkeit, weil sie schwer eingeschränkt sind. Aber vielfach auch, ohne dass sie diese Lebensform selber gewählt haben.

Genau das ist das Problem.

Kein Problem, dachte der Bundesrat. Die Schweiz hat die Uno-Behindertenrechtskonvention 2014 ratifiziert und sich damit verpflichtet, die Inklusion zu verwirklichen. Der Bundesrat ging damals davon aus, die Schweiz erfülle die Anforderungen der Konvention weitgehend. Wie weit er damit danebenlag, zeigt jetzt der Bericht des zuständigen Uno-Ausschusses: Er listet mehr als 70 verbesserungswürdige Punkte auf.

Am meisten hapert es beim Zugang zum regulären Arbeitsmarkt und zur Bildung. Bei



der Selbstbestimmung beim Wohnen, bei der politischen Mitwirkung und der rechtlichen Handlungsfähigkeit. Die wechselnden Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen sowie ein gesetzgeberischer Flickenteppich verschärfen die Situation.

Auch bei der sichtbarsten Massnahme, der Beseitigung von baulichen Barrieren, gibt es viel Verbesserungspotenzial. 90 Prozent der Bushaltestellen in der Schweiz sind für Menschen mit körperlichen Behinderungen nicht oder nur schwer zugänglich.

Diese Versäumnisse sind seit Jahren bekannt, niemand bestreitet sie ernsthaft. Inklusion finden alle edel und erstrebenswert – und doch passiert wenig.

«Das System ist falsch konstruiert.» Treffen im Berner Monbijou-Quartier: In der Fabrique28, einem Restaurant mit Industrie-Chic, wartet Jonas Staub. Er setzt sich mit Leib und Seele für eine Gesellschaft ein, in der Inklusion überall als Selbstverständ-

lichkeit gelebt wird. Dafür wurde er mehrfach mit Preisen ausgezeichnet.

«Der Fehler liegt im System. Es ist falsch konstruiert», sagt Staub. Früher war er Sozialpädagoge in Behinderteneinrichtungen, da sei ihm das klargeworden. Ein Schlüsselmoment: Als er mit Jugendlichen, die er im Heim betreute, für einen Ausflug in die Berner Reitschule wollte, sei ihm das untersagt worden. Er solle doch lieber in den Wald mit ihnen. «Was wollen junge Leute im Wald? Die wollen dorthin, wo sie das Leben spüren!» Aus dieser Episode hat Staub das Prinzip abgeleitet, an das er sich bis heute konsequent hält: «Ich frage die Leute immer: «Was brauchst du?» Man muss von den Bedürfnissen ausgehen.»

Getrennte Welten. Schon hat sich der 50-Jährige, Pulli, Mehrtagebart, gepflegte Strubbelfrisur, in Feuer geredet. Sein Fazit: Die Schweiz hat sehr sauber und konsequent ein segregiertes, getrenntes System aufgebaut. Von der Schule über Arbeit und Wohnen bis zu Sport und Freizeit: überall parallele Strukturen, eigenständig organisiert, von getrennten Finanzströmen unterhalten. Und wer einmal in einem dieser Silos gelandet ist, kommt nur schwer wieder heraus. Um die Behindertenrechtskonvention der Uno wirklich umzusetzen, müsste man das ganze Konstrukt umkrepeln. Denn heute ist Ausgrenzung Programm.

Die Folgen sind fatal. Jonas Staub veranschaulicht es so: Ein Kind mit Beeinträchtigung wird mit dem Taxi zur abgelegenen Sonderschule gefahren, wo es den Tag mit anderen beeinträchtigten Kindern verbringt, bevor es mit dem Taxi wieder nach Hause gefahren wird. Dazwischen: keine spontanen Kontakte, keine neuen Eindrücke, die es aufnehmen könnte. Dieses Konzept setze sich nahtlos im späteren Lebensverlauf fort, bis Betroffene gar nicht mehr auf die Idee kämen, dass es auch anders sein könnte. «Unter dem Deckmantel der Sonderförderung werden Menschen gezwungen, ein Leben ohne Sozialraum zu führen. Das ist hochgradig diskriminierend.»

Staub's Non-Profit-Verein Blindspot ist ein Gegenentwurf dazu. Vor 17 Jahren gegründet, hat er mehrere selbständige Gastrobetriebe lanciert, die Menschen mit Beeinträchtigung einbeziehen; darunter die Fabrique28. Gesamthaft arbeiten rund 20 Menschen mit Behinderungen, teils mit IV-Rente, teils ohne, zusammen mit 30 Nichtbehinderten auf Augenhöhe. Die Restaurants werden als GmbH betrieben. Sie müssen rentabel sein, wie im ersten Arbeitsmarkt üblich.

Die Saläre der beeinträchtigten Mitarbeitenden werden hier nicht über Subventio-

Wie sagt man richtig?

Wann gilt man als Mensch mit Behinderungen?

Das Bundesamt für Statistik definiert Menschen mit Behinderungen als «Personen, die ein dauerhaftes Gesundheitsproblem haben und die bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens (stark oder etwas) eingeschränkt sind».

Gemäss der Uno-Behindertenrechtskonvention und dem schweizerischen Behindertengleichstellungsgesetz lautet die Definition: «Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Personen, die langfristig körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigungen haben. Diese erschweren oder verunmöglichen es, alltägliche Verrichtungen vorzunehmen, soziale Kontakte aufzubauen und zu pflegen, sich aus- und weiterzubilden oder eine Erwerbstätigkeit auszuüben.» Behinderung ist von daher nicht nur ein körperliches oder ein psychisches, sondern auch ein soziales Phänomen.

Die korrekte Wortwahl.

Laut der Organisation Agile.ch gilt grundsätzlich der Begriff «Mensch mit Behinderungen». Wenn möglich, nennt man die Art der Behinderung, etwa: «Mensch mit Sehbehinderung». Man solle vermeiden, nur «Behinderter» oder «Behinderte» zu sagen. Das reduziere Menschen auf ihre Behinderung und vermittele das Bild, es handle sich um eine Spezial- oder Untergruppe innerhalb der Gesellschaft, die sich von Menschen ohne Behinderungen abgrenzt.

nen finanziert. Sie erhalten reguläre Löhne, die dem entsprechen, was sie leisten können. Dabei wird der Leistungsbegriff neu gedacht: «Als Summe von all dem, was jemand kann», sagt Jonas Staub. Neben fachlichen Fähigkeiten gehören dazu auch Sozialkompetenz oder etwa die Freundlichkeit im Umgang mit Gästen. Alle tragen das bei, was sie können, auch wenn es nur ein kleines Pensum ist. «Es geht um Gleichwertigkeit, nicht um Gleichleistungsfähigkeit.»

Das zahlt sich auch wirtschaftlich aus: Kein Blindspot-Betrieb hat je Verlust gemacht. Inklusion kann Mehrwert schaffen.

Geradezu unbezahlbar ist sie aus der Optik der Betroffenen. In der Fabrique28 kommt Olivier Marti an den Tisch. Er arbeitet seit 2020 hier im Service, derzeit drei Stunden am Tag. Marti hat ein Asperger-Syndrom und war früher in einer Stiftung für berufliche Integration tätig. Bei Blindspot wurde daraus echte Inklusion. Ein Booster für das Selbstwertgefühl des 29-Jährigen: «Hier braucht es mich wirklich, ich kann nicht einfach so ersetzt werden.»

Epilepsie verschliesst Türen. Um genau dieses Gefühl geht es Larissa Wyss aus Biberist SO. Die 19-Jährige will unbedingt im ersten Arbeitsmarkt Fuss fassen.

Wenn ihre Fingernägel blau anlaufen, weiss Wyss, was geschehen wird. Sie kippt um, krampft und fängt an zu zittern. Manchmal stundenlang. Epilepsie und dissoziative Krampfanfälle. Die Diagnose bekam sie mit 15. Wyss ist eine selbstbewusste junge Frau. Zielstrebig und willensstark. Die Erkrankung sieht man ihr nicht an. Doch sie ist keine einfache Voraussetzung, sich in der Berufswelt zu etablieren.

Bereits um ihren Schulabschluss musste sie kämpfen. «Es hiess, ich hätte aufgrund meiner Erkrankung zu viel Stoff verpasst.» Doch sie bewies das Gegenteil, schaffte den Abschluss. Das zehnte Schuljahr auf einer Sonderschule verhalf ihr zu ihrer Lehrstelle als Kauffrau im zweiten Arbeitsmarkt. Die Lehre schloss sie im August erfolgreich ab.

«Ich leiste genauso volle Arbeit wie andere auch», sagt Larissa Wyss. Bevor sie eine Festanstellung im ersten Arbeitsmarkt antreten darf, muss sie aber ein Praktikum absolvieren. Ein Arbeitsversuch gemäss IV-Gesetz. Um zu sehen, ob sie im regulären Arbeitsmarkt bestehen kann. «Ich will einen normalen Lohn haben, mit dem ich mir mein eigenes Leben finanzieren kann», sagt sie. Die Suche nach einem Praktikum sei aber frustrierend verlaufen. Sie habe eine Bewerbung nach der anderen geschrieben und lauter Absagen erhalten. Der Grund: ihre Epilepsie.



«**ICH BIN ZUSAMMENGEZUCKT, ALS JEMAND KINDER MIT BEHINDERUNGEN ALS «STÖRFAKTOR» BEZEICHNET HAT.»**

Sabine Sura, Mutter von Liv

Larissa Wyss' Anfälle werden zum Beispiel durch Stress, flackernde Lichter und Lärm getriggert. «Vor zwei Jahren fiel ich bei einem Anfall die Treppe hinunter und schlug den Kopf an. Danach verlor ich eine Zeitlang mein Gedächtnis.»

Seit Oktober macht sie ein Praktikum als Kauffrau im ersten Arbeitsmarkt - mit Aussicht auf eine Festanstellung. Das Praktikum kann jederzeit verlängert werden, und eine spätere Anstellung ist nicht garantiert, aber es ist der erste Schritt ins «richtige» Berufsleben. Was immer geschieht: «Zurück in den zweiten Arbeitsmarkt? Auf gar keinen Fall!»

**LIV, 8,
Erstklässlerin,
trainiert wöchentlich
beim Verein
Capoeira Plus in
Stadelhofen, Zürich**

Für den Inklusionsexperten Jonas Staub gibt es nur einen Weg, um die Blockade zu lösen. «Die Finanzierungsströme müssen geändert werden», fordert er, «radikal und in allen Bereichen.» Es geht um den Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung: Nicht mehr die Anbieter einer vordefinierten Leistung – Heime, Werkstätten – sollen Gelder vom Staat erhalten, sondern die Personen, die eine Unterstützung benötigen. Dass eine solche Neuausrichtung für beeinträchtigte Menschen einen Zuwachs an Wahlfreiheit und Selbstbestimmung bringt, zeigen diverse Studien. Einige Kantone tasten sich an Modelle der Subjektfinanzierung heran, etwa die beiden Basel, Bern, Luzern und Zürich. Noch stehen aber nur Lösungen fürs Wohnen im Vordergrund.

Damit der Wechsel funktioniert, braucht es Angebote ausserhalb der Institutionen, Angebote wie das der Inklusionspioniere von Blindspot. Seit 2021 bietet die Organisation in Bern die erste inklusive Wohngemeinschaft der Schweiz an. Sie funktioniert wie jede WG: selbstorganisiert, mit Ämtliplan und Sitzungen. Externe Coaches unterstützen die Bewohnerinnen und Bewohner bei der Bewältigung von Alltagsaufgaben, wenn sie Bedarf anmelden.

Hier wohnt Florian Kaufmann. Manchmal sieht man ihm an, wie er um die passenden Worte ringt – und dann stürzen sie förmlich aus ihm heraus. Etwa wenn er schildert, was in ihm vorgeht, wenn er sich im Ausgang einen blöden Spruch anhören muss: «Aha, der Behinderte ist auch auf der Gasse.» Es nervt ihn, so abgestempelt zu werden. Es macht ihn wütend, aber auch hilflos. «Ich mache ja nur, was alle in meinem Alter tun.» Es sind die Stressmomente im Leben des 20-Jährigen mit den dunklen Locken.

«Es geht allen gleich.» Gut, hat er ein schönes Zuhause. Kaufmann sitzt in der Stube der WG in der Berner Lorraine, wo er seit letztem Jahr lebt. Die vier Zimmer der Altbauwohnung teilen sich zwei junge Leute mit Beeinträchtigung und zwei ohne. «Es läuft gut, wir lernen voneinander», sagt Kaufmann. Wenn ihm seine Mitbewohner vom Stress bei der Arbeit erzählen, werde ihm klar, dass auch sie ihre Krämpfe im Alltag haben. «Es geht allen gleich.»

Das ist das Schlüsselwort für Florian Kaufmann: Gleich wie sie will er behandelt werden – unbedingt, immer. Er arbeitet im Service von Provisorium46, einem der Gastrobetriebe von Blindspot. Weil das häufig bis tief in die Nacht dauert, musste er von Basel nach Bern ziehen. Er fand einen Platz in der inklusiven WG. «Glück gehabt!»

Sein vorgestanzter Weg wäre gewesen, in einer Behinderteninstitution zu wohnen und zu arbeiten. Kaufmann wollte das um keinen Preis. Er weiss: Erst das unabhängige Kommen und Gehen ermöglicht einem jungen Menschen die Zugehörigkeit in der Gesellschaft. Oder könnte er als Heimbewohner vom Abtanzen im «Kapitel» bis um halb sechs Uhr morgens erzählen? Auch sonst probiert Kaufmann gerade das Leben in seiner ganzen Breite aus. Er lernt Gitarre, hat kürzlich ein Breakdance-Probetraining gemacht. Und im Wankdorf-Stadion gewöhnt sich der Basler daran, für YB zu sein.

Spitex-System statt Heime. Der Trend zur Individualisierung macht vor Menschen mit Behinderungen nicht halt, da ist man sich in der Szene einig. Trägt das auch dazu bei, dass die separierte Gesellschaft mit der Zeit inklusiver wird?

«Die bestehenden Strukturen in der Heimlandschaft werden grundsätzlich in Frage gestellt werden», prophezeit Caroline Hess-Klein, Leiterin der Abteilung Gleichstellung bei Inclusion Handicap und Mitautorin des Schattenberichts. «Es sind tiefgreifende Änderungen nötig. Die Deinstitutionalisierung ist zu verwirklichen.» Das bedeute nicht, dass die Dienstleistungen der Fachleute aus diesen Einrichtungen überflüssig würden; der Assistenzbedarf bleibe ja. Aber er müsse in einem anderen Rahmen erbracht werden. Das Modell der Spitex, ambulant und agil, könnte als Vorbild dienen.

Ein Besuch im Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen an der Berner Inselgasse. Hier arbeitet Giulia Brogini, Leiterin der Geschäftsstelle Behindertenpolitik Bund und Kantone. Sie weiss, was jetzt geschehen müsste. Es gehe nicht nur darum, einen gesetzlichen Rahmen weiterzuentwickeln, man müsse einen grundlegenden Wechsel in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Teilhabe erreichen, sagt die 52-Jährige. «In allen Belangen braucht es ein Umdenken in Richtung: die gewünschte Unterstützung bieten. Und nicht: stellvertretend für Menschen mit Behinderungen entscheiden.» Das werde lange dauern. Es sei verständlich, dass die Betroffenen, die täglich mit Barrieren zu kämpfen haben, langsam die Geduld verlieren.

Gleich um die Ecke, im Bundeshaus, scheint die Botschaft noch nicht angekommen zu sein. «Es fehlt ein konkreter Gesamtplan», sagt SP-Nationalrätin Franziska Roth. «Er muss gemeinsam mit Bund, Kantonen und den Betroffenen erstellt werden.» Der Einbezug der Betroffenen sei dabei zentral. In ihrem Berufsalltag als Heilpädagogin erlebe sie ständig, wo Löcher im Netz sind;

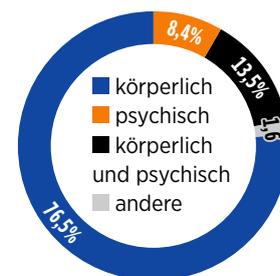
1,8 MILLIONEN

Menschen mit Behinderungen leben schätzungsweise in der Schweiz.

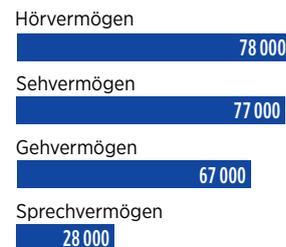
29%

von ihnen gelten als stark eingeschränkt.

Personen mit Behinderungen, die in Privathaushalten wohnen, geben als **Ursache** für ihre Einschränkung an:



Bei Personen mit **starken oder vollständigen Einschränkungen** ist das Hörvermögen am häufigsten betroffen.



«ES BRAUCHT MEHR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN IN DEN POLITISCHEN GREMIEN.»

Franziska Roth, SP-Nationalrätin

auch im Parlament gebe es zu wenig Betroffene. «Es braucht mehr Menschen mit Behinderungen in den politischen Gremien.»

Menschen wie Islam Alijaj in Zürich. Er hat mehrere Organisationen gegründet, die dafür einstehen, dass Menschen mit Behinderungen in Gesellschaft und Politik wahrgenommen werden und mitbestimmen können. Alijaj sieht sich als Zugpferd für eine gesellschaftliche Veränderung und hat deshalb die Inklusionsinitiative mit angestossen. Die Volksinitiative verlangt, dass Menschen mit Behinderungen die personellen und technischen Ressourcen erhalten, um sich vollumfänglich in allen Lebensbereichen einbringen zu können. Ab Frühling 2023 werden Unterschriften gesammelt.

Das ist nicht das Einzige, was sich tut. Über 13 000 Leute forderten den Bundesrat kürzlich in einer Petition auf, dass die Schweiz das Zusatzprotokoll der Uno-Be-

hindertenrechtskonvention unterzeichnet. Dann könnten Menschen mit Behinderungen Rechtsverletzungen vor dem Uno-Ausschuss geltend machen; heute ist das nicht möglich. Wenn der Ausschuss die Vorwürfe anerkennt, wäre die Schweiz verpflichtet, über die Umsetzung der Anpassungen innerhalb sechs Monaten zu informieren. Das Vorgehen hat sich bei der Konvention gegen Folter oder für Kinderrechte bewährt.

«Mami Herz» heisst Liebe. Dass sie sich für die Rechte ihres Kindes einsetzen muss, muss man Sabine Sura aus Zumikon nicht sagen. Ihre achtjährige Liv wurde mit dem Downsyndrom geboren. Während Liv an ihrem Capoeira-Training teilnimmt und barfuss in die Turnhalle stürmt, spricht ihre Mutter für sie. Das Mädchen ist in seiner Sprachentwicklung verzögert. «Mami Herz» – so drückt Liv zum Beispiel Liebe aus.

Vor zwei Jahren habe Liv bei einem inklusiven Capoeira-Training geschnuppert, es gefiel ihr sehr. Die Musik, der Tanz, die Zweikämpfe. Alter und Können sind egal, alle spielen und kämpfen miteinander. «Es war, als hätte Liv das schon immer gemacht», sagt Sabine Sura. Im Verein fühle

Kontaktieren Sie mich für eine unverbindliche, kostenlose Fachberatung.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

QR-Code scannen oder Coupon einsenden an:
4B AG | Sales Service
An der Ron 7 | 6280 Hochdorf



Das neue Designfenster für die entspannteste Renovation



Sichtbar weiter

Das Renovationsfenster RF1 design erfüllt höchste ästhetische Ansprüche. Es lässt sich individuell gestalten und sorgt dank dem maximalen Glasanteil für ein spürbar offeneres Raumgefühl. Ausserdem verläuft die Renovation besonders schonend und schnell, sodass Sie jederzeit entspannen können. Jetzt mehr erfahren und vom kostenlosen Design-Paket profitieren.*

Profitieren Sie jetzt vom kostenlosen Design-Paket

* Das Angebot ist nicht mit anderen 4B Rabatten kumulierbar und gilt nur für Privatkunden mit Direktbezug bei 4B und nur für eine begrenzte Zeit. Mehr Informationen auf www.4-b.ch/renovieren.



sie sich willkommen, sei voll integriert, ein gleichberechtigter Teil der Gruppe. Auch andere Kinder mit Behinderungen sind dabei.

Liv hat blonde Haare und eine Brille. Sie ist herzlich, laut und etwas stürmisch, eine Frohnatur. Nicht immer sei sie selbstverständlich Teil einer Gruppe gewesen. So sei ihre Tochter zum Beispiel nicht für das mehrtägige Lager der Kita eingeladen worden, weil die Leiterinnen dachten, das komme nicht in Frage für sie. Liv fuhr trotzdem mit, und alles ging gut. «Wieso auch nicht?», fragt ihre Mutter. «Liv ist in erster Linie ein kleines Mädchen – wie alle anderen auch.»

Liv besucht die Schule in einer altersdurchmischten Regelklasse. Sie bekommt eine Logopädie-Therapie, und eine Heilpädagogin ist mehrere Stunden pro Woche für sie da. «Uns ist wichtig, dass sie Freundinnen vor Ort hat, dass sie hier zur Schule geht wie ihr älterer Bruder», sagt Sura. Sie engagiert sich auch bei Insieme21, einem Verein für Angehörige von Menschen mit Trisomie 21, und hat dadurch viel Kontakt mit Familien in einer ähnlichen Situation. Oft heisse es beim Übertritt in die vierte Klasse, die Schule könne das Kind nicht mehr fördern. Sie sei zusammengezuckt, als jemand Kin-

der mit Behinderungen als «Störfaktor» bezeichnet habe. «Wie sehr Kinder voneinander lernen, geht in der Diskussion oft unter.»

Die 48-Jährige erinnert sich, wie sie mit ihrer Tochter im Kinderwagen unterwegs war. Liv sei ein paar Monate alt gewesen. Eine Bekannte habe sich über den Wagen gebeugt und gesagt: «Also wir hätten jetzt nicht die Kraft für ein behindertes Kind!» Diese Begegnung habe sich bei ihr eingebrennt. «Wir werden wohl noch oft für Liv kämpfen müssen», sagt sie und nimmt ihre verschwitzte Tochter in den Arm. Liv strahlt und sagt zum Training: «Super.»

Eigentlich ist es ganz einfach: Menschen mit Behinderungen wollen wie alle anderen selber entscheiden, wie sie leben. Damit das klappt, muss das Schweizer Behindertenwesen umgebaut werden. Beginnen könnte man mit kleinen Eingriffen im feinstofflichen Bereich. Mit der richtigen Wortwahl. Denn die gebräuchliche Terminologie, Begriffe wie «Invalidität», «Hilflosenentschädigung» oder «Heilpädagogik», weise auf ein «defizitorientiertes Verständnis von Behinderung» hin, schreibt Inclusion Handicap im Schattenbericht. «Invalid», einfach zur Verdeutlichung, bedeutet «wertlos». ■

Schenken Sie Weihnachtsfreude:

Erfüllen Sie Ihren Liebsten
viele Wünsche ganz nach Wahl!



So bleibt bestimmt kein Weihnachtswunsch auf der Strecke:
Mit der Migros-Geschenkkarte überraschen Sie mit einem
Geschenk voller Möglichkeiten. Jetzt erhältlich in allen Filialen
und auf [geschenkkarte.migros.ch](https://www.geschenkkarte.migros.ch)

MIGROS
Einfach gut leben